



Unsere moderne Freizeitgesellschaft möchte Natur einfach konsumieren – kostenlos, versteht sich.

■ dass es sich bei der Jagdsteuer keineswegs um eine historisch gewachsene Luxus- oder Aufwandsteuer handelt (wie in Gerichtsentscheidungen meist behauptet wird), sondern ursprünglich – analog der Schlachtsteuer – das Wildpret und später der jagdliche Überschuss eines Reviers besteuert wurden;

■ dass laut Hessischem Jagdgesetz möglichst viele Jägerinnen und Jäger aus allen Bevölkerungsschichten an der Jagdausübung beteiligt werden sollen, die Jagdsteuer aber diesem Ziel zuwider läuft.

„Mit der Jagdsteuer werden die Jäger heute für Dienstleistungen bestraft, die sie kostenlos für die Gesellschaft und die Öffentliche Hand erbringen“, lautet schließlich das Fazit des Wahlprüfsteins. Die hessischen Jagdvereine sind nun aufgerufen, diese stichhaltigen Argumente zusätzlich mit Pressekonferenzen und -aktionen, Podiumsdiskussionen und Gesprächen mit den Spitzenkandidaten und Politikern der Parteien oder an Informations-

ständen öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Das Gleiche gilt für den Wahlprüfstein zur Abschaffung der Hundesteuer für Jagdhunde.

Im Übrigen hat die Kampagne schon kurz nach dem Start Bewegung in die festgefahrene politische Diskussion um die Jagdsteuer gebracht, die von den Landkreisen meist in Höhe von 15 bis 20 Prozent auf die Jagdpacht sowie teilweise auch auf den Wildschadenersatz und sonstige „Nebenleistungen“ wie Biotopverbesserungen erhoben wird. Insbesondere der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Jörg-Uwe Hahn, aber auch CDU-Kreistagsfraktionen und CDU-Landtagsabgeordnete wollen diese „Strafsteuer“ nun eliminieren. So zeichnet sich dem Vernehmen nach inzwischen in zwei weiteren Landkreisen in Südhessen eine politische Mehrheit für deren Wegfall ab.

Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hat unterdessen gegenüber Heinrich Sewing

(Wiehl), der als Pächter einer nordhessischen Jagd schon Ende 2000 gegen die Jagdsteuer mobil gemacht hatte, unter Bezug auf das Wiesbadener Forstministerium schriftlich erklärt, „dass die Ermächtigung (der Landkreise) für das Erheben der Jagdsteuer vorerst nicht aufgehoben wird“. Vor der jüngsten Landtagswahl hatten hingegen die jagdpolitischen Sprecher der CDU- und FDP-Landtagsfraktion, Siegfert Ortmann und Heinrich

Heidel, den hessischen Jägern noch ausdrücklich deren Wegfall versprochen. Vielleicht ändert Landesvater Koch ja noch seine Meinung, falls in Hessen demnächst eine vorgezogene Landtagswahl vor der Tür steht. Beim letzten Urnengang haben jedenfalls die Stimmen der hessischen Jägerinnen und Jäger zweifellos wesentlich dazu beigetragen, dass CDU und FDP im Landtag eine äußerst knappe Mehrheit erringen konnten. Dr. Klaus Röther



Wildbiologische Gesellschaft e. V. macht dicht

24 Jahre lang hat sich die Wildbiologische Gesellschaft München e. V. (WGM) mit großem Erfolg im In- und Ausland um den Schutz von Wildtieren bemüht. Nun muss sie wegen Zahlungsunfähigkeiten schließen. Grund dafür sind finanzielle Verluste in Höhe von über 300 000 Mark, die durch ein Naturschutzgroßprojekt des Bundes, den „Pflege- und Entwicklungsplan Murnauer Moos, Moore westlich des Staffelsees und Umgebung“, entstanden sind. Auftraggeber war der Landkreis Garmisch-Partenkirchen. „Das Projekt stand von Anfang an unter keinem guten Stern“, sagt Vorstand Professor Wolfgang Schröder, „der Beginn war schleppend, die Witterung für Außenaufnahmen in den Anfangsjahren ungewöhnlich schlecht, die Koordination des Projekts schwierig. All das hat Mehrkosten verursacht. Das Landratsamt hatte in Aussicht gestellt, einen wesentlichen Teil der Mehrkosten zu tragen. Letztendlich blieb aber die WGM auf 93 Prozent der Kosten sitzen.“

Die Wildbiologische Gesellschaft als gemeinnütziger Verein arbeitete ausschließlich projektorientiert. Der entstandene Verlust konnte nicht aufgefangen werden. Der Kreditrahmen der Bank wurde deshalb durch eine Bürgschaft des Vorstands und Privateinlagen einiger Mitarbeiter gesichert. „Besonders bitter ist“, so Schröder, „dass dieses Geld jetzt verloren ist“.

Gegründet wurde die WGM 1977 von Wolfgang Schröder und dem Umweltjournalisten Horst Stern, um fachkundige Lösungen des Wildtierschutzes zu erarbeiten. In den vergangenen 24 Jahren haben sich ihre Mitarbeiter einen guten Ruf in Wissenschaft und Forschung, Jagd- und Forstkreisen, Nationalparks und anderen Schutzgebieten erworben. Sie haben mit modernen Ansätzen Wildtiere und Lebensräume erforscht, Schutzprogramme für den Braunbären in den Alpen und für den Riesentotter in Peru erarbeitet, Lösungen für die Minderung von Wildtierverlusten an Straßen gefunden, Wildnutzungskonzepte in Afrika und China entwickelt und an Nationalparkplanungen mitgearbeitet. Von der WGM gingen wichtige Impulse für einen großräumigen Schutz des Auerehrens und eine naturverträgliche Erholungsnutzung aus. Besonders erfolgreich war in den letzten Jahren der Schutz von Großraubtieren durch Ökotourismus in Rumänien.

WGM

Aktionserfolg

Main-Kinzig-Kreis schafft Jagdsteuer ab

Die gemeinsame Aktion von IJV und Jagdvereinen bringt erste Erfolge. So haben die SPD- und die CDU-Kreistagsfraktion des Main-Kinzig-Kreises (Südhessen) Ende Januar in der Kreistagssitzung gegen die Stimmen der Grünen beschlossen, dass ab 2002 die Jagdsteuer abgeschafft wird. „Damit erkennen beide Fraktionen die Leistungen der zirka 2000 Jäger im Kreis für Wild, Natur und Gesellschaft an“, erklärte der Vorsitzende des Hanauer Jagdklubs, Werner Schmidt. Neben diesem Jagdklub hatten auch der Kreisjagdverein Gelnhausen und der Kreisjagdverein Schlüchtern mit einer gemeinsamen Resolution und vereinten Kräften für die Abschaffung der Jagdsteuer gekämpft. Zeitungsberichten zufolge soll auch im Main-Taunus-Kreis in Kürze die Jagdsteuer abgeschafft werden.

KR